

Stadt Heidelberg

AntragNr.:
0 0 6 3 / 2 0 2 4 / A N

Antragsteller: HDer
Antragsdatum: 21.06.2024

Federführung:
Dezernat V, Bürger- und Ordnungsamt

Beteiligung:

Betreff:

**Informationen zum weiteren Vorgehen bezüglich
Kriminalitätsschwerpunkt Kurfürsten-Anlage und zur
künftigen Funktion des Ankunftsentrums auf PHV**

Antrag

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Beratungsergebnis:	Handzeichen:
Gemeinderat	04.07.2024	Ö		

Der Antrag befindet sich auf der Seite 3.1

Antrag Nr.: 0063/2024/AN

Briefkopf des Antragstellers:

Die Heidelberger · Vangerowstr. 2/2 · 69115 Heidelberg

Stadt Heidelberg
Herrn Oberbürgermeister
Dr. Eckart Würzner
Marktplatz 10
69117 Heidelberg

E-Mail: 01-Sitzungsdienste@Heidelberg.de



Die Heidelberger
UNABHÄNGIGE WÄHLERINITIATIVE

Gemeinderatsfraktion

Larissa Winter-Horn
Fraktionsvorsitzende

Marliese Heldner
Matthias Fehser

Vangerowstr. 2/2
69115 Heidelberg
Tel. 06221/18714460
Fax 06221/18714461

Heidelberg, 20.06.2024

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

für die nächste Sitzung des Gemeinderates stellen die Unterzeichner gemäß § 18 Absatz 3 der Geschäftsordnung des Gemeinderates der Stadt Heidelberg den Antrag, folgenden Tagesordnungspunkt aufzunehmen:

Informationen zum weiteren Vorgehen bzgl. Kriminalitätsschwerpunkt Kurfürsten-Anlage und zur künftigen Funktion des Ankunftsentrums auf PHV

1. Wir bitten die Verwaltung, in erster Linie aber Polizei und Regierungspräsidium, uns aufzuzeigen und geeignete Maßnahmen zu starten, um den unhaltbaren Zuständen an der Kurfürsten-Anlage Einhalt zu gebieten und entgegenzuwirken.
2. Zusätzlich bitten wir um Information seitens des Regierungspräsidiums, welche strategischen Entwicklungen für die Nutzung des Ankunftsentrum auf PHV geplant sind.

Bericht und Aussprache

Begründung

1. Seitdem die Haltestelle der Shuttlebusse von PHV an die Kurfürsten-Anlage verlegt wurde, ist dort ein Kriminalitätsschwerpunkt entstanden. Trotz vieler Aktivitäten sowohl der Stadtverwaltung als auch ehrenamtlich engagierter Personen hat sich die Situation gerade in den Abendstunden nicht gebessert. Nach wie vor fühlen sich Anwohner und Passanten dort nicht sicher. Wir sehen das Regierungspräsidium, das für das Ankunftszentrum PHV und somit für den Busshuttle verantwortlich ist, in der Pflicht, dafür Sorge zu tragen, dass an den Shuttlebus - Haltestellen und auch andernorts keine Kriminalitätsschwerpunkte entstehen. Darüber hinaus sollte die Stadtverwaltung vom Regierungspräsidium in ihren Aktivitäten unterstützt werden – was bisher nicht ausreichend erfolgt ist.

2. Am Verwaltungsgericht Karlsruhe werden drei neue Kammern eingerichtet, um beschleunigte Asyl- und Gerichtsverfahren durchzuführen. Uns liegen Informationen vor, dass künftig Asylbewerber mit einer Anerkennungsquote weniger als fünf Prozent gebündelt im Ankunftszentrum PHV untergebracht werden sollen.

Informelle Anfragen zu diesem Sachverhalt blieben bisher unbeantwortet. Wir bitten deshalb an dieser Stelle um Information und Klarstellung des Sachverhaltes. Eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Regierungspräsidium, Stadtverwaltung und Gemeinderat gebietet es, uns in die künftige Entwicklung des Ankunftsentrums mit einzubeziehen.

gezeichnet Fraktion „Die Heidelberger“